



Zur Bundestagswahl am 24.09.2017
Liste 13 Kurzbezeichnung MG

Programm der Magdeburger Gartenpartei zur Bundestagswahl

Novellierung des Bundeskleingartengesetzes

Das Bundeskleingartengesetz ist den Bedingungen der Gesellschaft anzupassen und in ein Gesetz über kommunale Grünflächen zu überführen. Gärten und Grünland in den Städten müssen gesetzlich geschützt und als Dauergrünland festgeschrieben werden. Gartenland ist kein Bauerwartungsland! Es soll keinen Zwang mehr für eine gärtnerische Nutzung der Pachtflächen, aber für die Nutzungsart "GRÜN" geben. Das Übernachten im Garten soll während der gesamten Vegetationszeit erlaubt sein, um die Lebensqualität und aktive Freizeitgestaltung der Menschen zu verbessern und Urlaub im Garten zu ermöglichen. Parks, Gärten, Grünflächen und Bäume an den Straßen gehören zur ökologischen und sozialen Infrastruktur, diese muss vorrangig erhalten werden. Grünanlagen sollen auch in den Stadtkernen liegen und zu Fuß erreichbar sein.

Rentenpolitik

Wir fordern die Schließung der Lücke bei der Berechnung der Rente, der Rentenwert (Ost) soll ab 2018 entfallen und mit dem Rentenwert (West) einen einheitlichen Rentenwert bilden. Renten sollen erst ab einem monatlichem Brutto von 2500 € besteuert werden. Die Erhöhung der Diäten soll an die Renten gekoppelt werden.

Energiepolitik

Die Technik und Anwendung für die erneuerbaren Energien sind zu überarbeiten. Die negativen Auswirkungen auf Tiere und Menschen müssen beseitigt werden. Das Landschaftsbild soll weitestgehend erhalten bleiben. Landwirtschaftliche Flächen sind nicht zur Erzeugung von Rohstoffen der Bio-Treibstoff-Industrie zu verwenden. Das Land, das uns ernähren soll darf nicht für Profit missbraucht werden. Wir brauchen Forschung, die darauf abzielt, den Wirkungsgrad und die Lebensdauer der Anlagen zu verbessern und Umweltbelastungen bei Herstellung und Entsorgung zu vermeiden. Dazu sind Forschungsaufträge an die Universitäten und Hochschulen zu vergeben. Regionale Energieerzeugung und Speicherung ist zu bevorzugen.

Rohstoffe und Recycling

Wir wollen eine Optimierung des notwendigen Wirtschaftszweiges Recycling und den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Annahmestellen für Sekundärrohstoffe. Das Studium von Recycling- und Entsorgungsmanagement soll eine attraktive Studienrichtung werden. Sparsam mit Rohstoffen umzugehen, bedingt auch die Herstellung langlebiger Produkte. Waren mit Sollbruchstellen und schädlichen Bestandteilen gehören nicht in unseren Groß- und Einzelhandel.

Tier- und Naturschutz

Vorgaben der EU sind nicht geeignet auf länderspezifische Besonderheiten einzugehen. Hier muss die Abkopplung der Zuständigkeiten von der EU und die Übertragung auf die jeweiligen Bundesländer erfolgen. Wir leben in einer Kulturlandschaft und müssen mit Fischern, Jägern, Forstleuten, Bauern, Imkern und Viehzüchtern gemeinsame Konzepte erarbeiten.

Verkehrs- und Siedlungspolitik

Lebenswerte Städte und Gemeinden im Gleichgewicht halten bedeutet auch, wo es möglich und sinnvoll ist, auf deren weitere Komprimierung zu verzichten. Gegenläufige Transporte durch bessere Koordination sind zu verhindern. „GRÜNE WELLEN“ und „GRÜNE Pfeile“ sind besser als grüne Plaketten. Schädliche Belastungen der Umwelt können wir nur zurückfahren, indem wir die Schaffung von mehr kostenlosen öffentlichen Parkplätzen, kostenfreiem öffentlichem Personennahverkehr, die Begrenzung der zu fahrenden Kilometer durch die Nutzung regionaler Produkte und Dienstleistungen sowie die Einstellung von Arbeitnehmern aus der Region fördern. Ebenso müssen Kreisverkehre statt Ampeln entstehen, Ampeln in verkehrsarmen Zeiten abgeschaltet und alternative Routen für staugefährdete Strecken geschaffen werden. Die Aufwirbelung von Feinstaub durch Gummi- und Bremsabrieb ist durch die Reduzierung der Anzahl der Brems- und Anfahrvorgänge sowie kürzere Reinigungsintervalle der Straßen zu verringern. Die Infrastruktur für den Radverkehr ist auszubauen und deutlich zu verbessern. Lokale Einkaufs- und Versorgungszentren müssen geschaffen werden.

Unsere Kinder sind unsere Zukunft

Unsere Kinder und Enkel brauchen kurze Wege zu Schulen und Kindergärten. Lehrpläne sind zu vereinheitlichen, bewährte Bildungssysteme sind wieder einzuführen. Der Mangel an Lehrkräften ist umgehend zu beseitigen, Kinder brauchen Bezugspersonen, Stabilität und eine altersgerechte Förderung. Unterrichtsausfälle und Lehrerwechsel müssen vermieden werden. Wir sind für kostenlose Kindergarten-, Hort- und Studienplätze.

Gesundheitspolitik

Die Verordnung von Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln darf nicht vom Budget des Arztes abhängen und muss sich ausschließlich nach dem Bedarf des Kranken zur schnellstmöglichen Genesung richten. Die Arbeit von Ärzten und Pflegepersonal muss sich weitestgehend auf die Genesung des Patienten richten können, daher sind Dokumentations- und Verwaltungsarbeiten deutlich zu verringern. In anderen Ländern zugelassene, erfolgreiche Medikamente und Therapien sind den Menschen auch in unserem Land zu gewähren. Die Preise der Medikamente sind in der EU zu vereinheitlichen, um Missbrauch durch Reimporte zu vermeiden. Die Zuzahlung zu Medikamenten und Therapien ist abzuschaffen. Die Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel des Patienten abhängen.

Sicherheit der Bürger

Die Überlastung unserer Polizeibeamten darf nicht zu Lasten der Sicherheit gehen. Die derzeit anstehenden umfangreichen Aufgaben können nur durch die Verstärkung der Sicherheitskräfte gelöst werden. Es muss sich wieder ein Gefühl der Sicherheit in allen Teilen der Bevölkerung einstellen.

Leben auf dem Lande

In ländlichen Gebieten ist die ärztliche Versorgung zu verbessern. Ebenso sind Einkaufsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen. Die Ansiedlung von Firmen fördern, um regionale Arbeitsplätze zu schaffen und weite Anfahrten zum Arbeitsplatz zu vermeiden. Dazu sind neue logistische Konzepte zu entwickeln.

Flüchtlingspolitik

Asyl ist ein ungeschriebenes Menschenrecht, das wir hoch achten. Wer unberechtigt Asylbedürftigkeit vorgibt, nimmt Ressourcen in Anspruch, die den tatsächlich Asylbedürftigen nicht zur Verfügung stehen. Die Ursachen für Flucht und Vertreibung sind in den Herkunftsländern mit diplomatischen und gegebenenfalls finanziellen Mitteln in Verantwortung aller Staaten zu beseitigen. Die Industrieländer tragen eine ökologische Schuld an unserem Heimatplaneten Erde. Sie sollen Mittel bereitstellen, um Arbeitsplätze in der Aufforstung von verwüstenden Landschaften zu schaffen. Kriege als Ursache der Vertreibung sind zu beenden. Die Magdeburger Gartenpartei ist gegen jede Form von Krieg. Kriege sind nicht geeignet, Probleme zu lösen und führen nur zu unsagbarem Leid.